

LESERMEINUNGEN / FORUMSBEITRÄGE

Mobilfunk

5G-Mast bei den weiterführenden Schulen in Vaduz

Wer garantiert, dass der 5G-Mast oberhalb der weiterführenden Schulen Vaduz (Real- und Oberschule, Gymnasium) mit über 1000 Schüler/-innen keine Auswirkung auf die Gesundheit der Kinder hat? Als Mutter von 5 Kindern liegt mir die Gesundheit der Kinder sehr am Herzen!

Veronika Hasler, Torkelgass 35, Schaan

Fragwürdiger Belastungszeuge

Werter Herr Kindle! Mit Martin Pall bedienen Sie sich eher eher zweifelhaften Autorität, um Ihren Bedenken gegen 5G Nachdruck zu verleihen. Pall ist seit 2008 emeritiert und betreibt seine Mobilfunkkritik auf privater Basis. Als Biochemiker ist seine technische Qualifikation in Sachfragen des Mobilfunks begrenzt. Und das hat Folgen. So schreibt das deutsche Bundesamt für Strahlenschutz über eine Broschüre, mit der ein Anti-Mobilfunk-Verein Palls Thesen verbreitet: «Der angegebene Autor vertritt seit mehreren Jahren die These, dass sowohl niederfrequente Felder der Stromversorgung als auch hochfrequente Felder des Mobilfunks über spannungsabhängige Kalziumkanäle in Zellen schädliche gesundheitliche Wirkungen auslösen. Als Nachweise zitiert der Autor meist seine eigenen bisherigen Schriften und Überlegungen zu diesem Thema sowie eine kleine und einseitige Auswahl von ähnlichen Texten und z. T. älteren Veröffentlichungen, die seine These unterstützen sollen.

Aus Sicht der Bundesregierung entsprechen die Ausführungen nicht dem aktuellen wissenschaftlichen Kenntnisstand, der sich aus der Gesamtheit der vorliegenden Studienergebnisse unter Berücksichtigung allgemeiner wissenschaftlicher Qualitätsstandards ergibt. (...) Auch unter akademischen Mobilfunkgegnern ist Pall umstritten. So greift der finnische Wissenschaftler Dariusz Leszczynski, eine bekannte Lichtfigur der Gegner, Pall an und unterstellt ihm a) die Grundlagen der Funktechnik nicht verstanden zu haben und b) unverantwortliche Panikmache zu betreiben. Dies und mehr mit Quellenangaben unter https://izgmf.de/scripts/forum/index.php?id=67370.

Stephan Schall, Zinnienstrasse 12, München

Über Deutschland 30 Jahre Mauerfall

Zum GIS-Beitrag im «Volksblatt» vom Freitag, den 22. November: «Divide et impera» muss wohl die machtpolitische Devise von Politikern, deren Journalisten und sonstigen Welterklärern sein, damit ein Staat wie Deutschland in Schach zu halten ist? Die scheinbar tiefgehende Analyse von Prof. Wohlgemuth greift vielleicht zu kurz und ist zu sehr die Sicht eines Kolonialisten, wie sie 1990 zahlreich in der zweiten und dritten Welle in den Osten strömten. Die DDR war sittlich, moralisch und wirtschaftlich tatsächlich bereits in den 1980er-Jahren am Ende. Bundeskanzler Kohl war Ende der 1980er-Jahre seinerseits in den eigenen Reihen politisch unter Druck geraten, die bundesdeutsche Wirtschaft ohne wirkliche Wachstumsperspektiven und stand an der Schwelle zur Rezession. Die Steuerbillionen Richtung Ostdeutschland und die Hoffnung auf ein besseres und freibestimmtes Leben im Osten retteten der CDU Wahlsiege damit auch im Westen und bescherten der

gedacht. Anmeldung Bitte Anmeldeformular erwidern bis Dienstag, den 5. Dezember, beim FHP-Büro (E-Mail an info@fhp.li oder unter Tel. 237 79 40).

Am meisten Schwelgerinnen und Schwelger, nämlich 3505, erblickten in den Höpitaux Universitaires den Glanz des Licht der Welt. Neben diesen und anderen «giganten» der Geburtshilfe gibt es 86 weitere Spitäler, in denen Babys zur Welt kommen. Schauen wir uns die Liste von hinten genau an (siehe Tabelle).

Von wegen zu klein für eigene Geburtsabteilung? Es sind mit 87 an der Zahl nicht nur viele Spitäler, zwischen denen sich die Schwelgerinnen entscheiden können, ob sie sich diesem oder jenem zur Entbindung anvertrauen wollen. Typisch schwelgerisch sind nicht nur die Unterschiede zwischen den Spitälern mit Geburtsabteilung. Von Minispital mit gerade einer Geburt pro Jahr bis zum Grossklinikum mit mehreren Tausend reicht das Spektrum. Diese Vielfalt bringt nur ein Warnsignal: Lichter mit sich, sondern sie ist nach Voraussetzung für ein weiteres Charakteristikum unserer «Older»-Nachbarn, nämlich die Dezentralisierung. Entstanden kam bis ins hinterste Tal hinein werden. In Granbünden hielten sich die kleinsten Geburtsstationen der

Gastkommentar Von Fakten



MARCUS BÜCHEL

Schwiz und verstellen sich auf Puschel mit 43 Geburten pro Jahr, Susch, Davos, Schiers, Thusis, Rhäz und Samedan mit 60 Geburten pro Jahr. Granbünden ist in seiner Grundausstattung ein besonders dezentraler Kanton. Die Vorstellung, die Geburten aller seiner Kantonsbürger müssten auf die Hauptstadt konzentriert werden, liegt den Bündnern fern. Das ist nur möglich, weil die Öffentliche Hand von der Oberzuzug geleitet wird, dass es sinnvoll ist, die erforderlichen Finanz-

Leben: «Wissenschaftliche Erkenntnisse belegen, dass sich Kinder vom ersten Tag an Wissen aneignen und Fähigkeiten entwickeln, so haben Kinder müssen Erlebnisse machen. «Lebenskompetenzen wie Machbarkeit, Kreativität, Risikobereitschaft oder Sozialkompetenz können die Kinder nur durch Erfahrungen lernen, so Martin Häfen. Kinder können nicht gelehrt werden», so Martin Häfen. Kinder sind neugierig und lernen durch Erfahrungen im Alltag. Dem entsprechend sei ein förderliches

Spital-Rangliste nach Geburten

Table with 3 columns: Rank, Hospital Name, Births per year. Lists 87 hospitals from Hôpital du Pays d'Enhaut to Spital Schwyz.

Netzwerk lebt In der Schweiz würden allerdings rund zehn Prozent der Kinder in schwierigen Verhältnissen aufwachsen. Der zentrale Risikofaktor in der frühen Kindheit sei chronischer Stress, der durch Gewalt und emotionale Vernachlässigung erzeugt werde, so Häfen. Ist ein Kind dieser Stresserfahrung ausgesetzt, dann kann dies für die weitere Entwicklung enorme gesundheitliche und soziale Konsequenzen haben. Deshalb sollten diese Familien so früh

Alle sind gefragt

Laut Martin Häfen sollten alle Politikbereiche einen Beitrag an die Ausgestaltung der Frühen Förderung leisten, denn alle würden auch davon profitieren. Häfen nannte die Aufgaben der Schulen, die Reduktion der Gesundheits- und der Sozialhilfekosten. Aber er betonte auch «die der ökonomischen Nutzen sollte im Vordergrund stehen. Denn Kinder haben Rechte und die Einhaltung dieser sollte wichtiger sein.»

Und selbst das grösste der 17 kleinsten hatte weniger Geburten zu verzeichnen als Liechtenstein (390 im Jahr 2008). Von wegen zu klein für eine eigene Geburtsabteilung am Landesspital! Es ist alleine der politische Wille, der darüber entscheidet, ob unsere Mütter ihre Kinder wieder in Liechtenstein zur Welt bringen können oder nicht. Der Einwand, es würden ja nicht alle in Liechtenstein Wohnhafte in Vaduz einbinden, ist kein Argument gegen eine Geburtenabteilung im Landesspital. Denn die Liste der Schweizer Geburtshilfen bezieht uns, das es keine apostrophische Untergrenze gibt. Wie viele Bürgerinnen und Einwohnerinnen zur Entbindung nach Vaduz gehen werden, wollen wir unseren Müttern überlassen. Unsere Pflicht ist es jedoch, diesen eine ausgezeichnete Struktur anzubieten, welche gewiss in einem neuen Spitalgebäude am besten zu verwirklichen sein wird.

Der Autor: Dr. Marcus Büchel, Jahrgang 1953, ist Psychologe und seit vielen Jahren in Vaduz als Therapeut und über Liechtenstein hinaus bekannt.

Der «HalbeHalbe» gibt Gastbeiträge zum Thema zu und über Liechtenstein.

Gastkommentar von Marcus Büchel, erschienen am 21. November.

bundesdeutschen Wirtschaft aberwitzige Gewinne aus den Umsatzexplosionen westdeutscher Waren in den neuen Bundesländern, ohne dort wirklich investieren zu müssen. Die sich anbahnende Krise in der Bundesrepublik war nun aufgeschoben. Jetzt, da sie wieder Platz zu greifen scheint, liebt man, in Herrschaftskreisen mit dem Finger auf den Osten zu zeigen, damit sich niemand der Verantwortung und existenziellen Reformen stellen muss. CDU und SPD haben in ganz Deutschland deswegen Wählerstimmen vor allem in der vernachlässigten Mitte verloren. Das war es aber auch noch nicht. Jetzt liegt der Ball wieder in der Mitte, da bin ich wieder bei Prof. Wohlgemuth.

Jens Ockert, Proderstrasse 9, Sargans

Drogen und Politik «Spitalneubau braucht es gar nicht, eher eine Fachklinik für Drogen»

Zum Bericht im «Vaterland» vom 21. November, «60 offizielle Drogenkonsum-Vorfälle in Liechtenstein»; und der Bericht der drei jungen Leute ist sehr bedenklich. Endlich mal ein guter Bericht der Zeitung. Denn so habe ich es mir schon gedacht. Wenn Herr Pedrazzini mehr unter die Jugendlichen gehen würde, hätte er das auch schon mitgekriegt. Aber man sieht im Land natürlich gerne weg. Und diese drei beschreiben, dass es ganz einfach sei, an jegliche Rauschmittel heranzukommen. 2018 wurden 713 Strafdelikte bei der Polizei registriert. Die meisten Verzeigungen waren wegen Produktion/Anbau/Kauf/Verkauf von Drogen. Laut Kriminalstatistik im Jahr 2017 waren es noch 490 Fälle und eben 2018 dann 713 Fälle. Die meisten Straftatbestände sind Drogendelikte. Das sollte unserem Gesundheitsminister mehr als zu denken geben. Denn das ist nur ein kleiner Anteil derer, die die Polizei entdeckt hat. Und auch die Ware ist ja auch nicht so krass. Da gibt es viel Schlimmeres, was schon jeder auf der Strasse Liechtensteins kaufen kann. Da nützt eine Legalisierung nichts. Im Gegenteil. Das Einzige, was dann passiert, wird sein, dass diejenigen mit Drogen überall sichtbar sein werden. Denn sie müssen sich nicht mehr verstecken. Andererseits wäre das für Liechtenstein mal eine gute Abwechslung. Somit würde gezeigt, wie es hier im Lande wirklich ausschaute. Die Aussage, dass Kokain und Speed die üblichen Drogen seien, ist nicht unbedingt lustig. Dass ihm Rahmen der Aufklärung an den Schulen hauptsächlich Marihuana verteuftelt wird, ist echt schwach. Ich meine, dass es den Spitalneubau gar nicht braucht. Eher eine Fachklinik für Drogen. Und für diese bräuchte es mehr als 40 Betten. Herr Pedrazzini möchte die Kosten niedrig halten. Macht aber nichts in der Drogenpolitik. Obwohl das ein

sehr teures Kapitel für die Krankenkasse ist. Und es wird noch teurer mit den Casinos. Denn es sind nicht nur Jugendliche mit Drogen-Probleme. Es wird noch sehr viel mehr werden.

Susanne Ospelt, Rufenstrasse 5, Schaanwald

Spitalneubau Gastkommentar «Von Fakten» - Eintönig hell klingt das Glöckchen

Am 21. November 2019 wurde im «Liechtensteiner Volksblatt» ein Gastkommentar von Dr. Marcus Büchel veröffentlicht. In diesem Beitrag wird ein Ausschnitt einer sogenannten «Spital-Rangliste nach Geburten» von Schweizer Spitalern verwendet. Auch nutzt der Autor die Gelegenheit, um darauf aufmerksam zu machen, dass Liechtenstein von wegen zu klein für eine eigene Geburtsstation am Landesspital ist. Allen an dieser Thematik interessierten Personen empfehle ich, das Kleingedruckte dieses Beitrages - die Datenquelle - zu studieren. Im Internet auf der Website des Bundesamts für Gesundheit ist diese Datenquelle - die sogenannten Qualitätsindikatoren der Schweizer Akutspitäler - abrufbar. In der entsprechenden Wegleitung ist unter anderem Folgendes zu lesen: «Für die Interpretation ist die Fallzahl von mehrfacher Bedeutung: In vielen Fällen ist sie ein Qualitätssignal an sich, indem die Fallzahl einen Hinweis auf die Erfahrung des Spitals mit der betreffenden Behandlung bzw. mit Patienten des betreffenden Krankheitsbildes gibt.» Die Fallzahlen sind somit ein elementarer Bestandteil der Qualität und werden bei diesem «Qualitätsindikatoren-Konzept» explizit als sogenannter «Typ F» definiert. Das Sprichwort «Übung macht den Meister.» trifft auch hier zu. Schade, dass dieser Gastkommentar eine komplexe Thematik derart eintönig darstellt, um Wahlwerbung «pro LLS» zu betreiben. Auch wenn es bei den Geburtskliniken keine apostrophische Untergrenze gibt, sind Erfahrung und Qualität wichtige Werte. Egal wie, wenn es um Gesundheit geht, fehlt mir jedenfalls der Mut, mich an emotionalen Worten zu orientieren. Sich in erfahrenen Händen zu wissen, ist für mich hingegen ein beruhigender Fakt. Carmen Sprenger-Lampert, Landstrasse 333, Triesen

vernünftigen Strategie und Kooperation im Gesundheitswesen zu sagen.

Ein Neubau garantiert noch lange keine optimale medizinische Grundversorgung. Die Probleme im Gesundheitswesen lassen sich nicht einfach mit einem Neubau lösen. Mit einem Nein zum Neubau werden Regierung und Spitalführung gezwungen, eine auf liechtensteinische Bedürfnisse ausgerichtete Spitalstrategie zu verfolgen. Mit einem Nein fordern wir Regierung und Spitalführung auf, zuerst zu hirn, dann zu bauen. Nein zum Spitalneubau heisst Ja zu einer wohlüberlegten Strategie im Gesundheitswesen.

Es spricht zu viel gegen einen Spitalneubau - darum Nein! PS: Morgen, am Abstimmungssonntag, treffen sich die Unabhängigen ab 12 Uhr im Restaurant Unikum in Schaan.

DU - die Unabhängigen

Steuergesetz Erhöhung des Kinderabzugs: Die Koalition führt Solidarität ad absurdum

Die andere Vorweihnachtsgeschichte: Hirten baten den König, er möge ihnen doch Esswaren geben. Gerade die Ärmsten unter ihnen könnten ihre Kinder nicht ausreichend ernähren. Der König war nicht sehr erfreut über dieses Ansuchen, willigte dann aber doch ein, Esswaren auszugeben - allerdings nur an diejenigen Familien, welche in der Vergangenheit den geforderten Teil ihrer Ernte dem König gegeben hatten. Und obwohl damit die Kinder der ärmsten Familien leer ausgehen mussten, willigten die Hirten ein. Zugegeben - verkürzt und zugespitzt - aber auf den Punkt gebracht: die Abänderung des Steuergesetzes mit der Erhöhung des Kinderabzuges als Schwerpunkt der Vorlage, welche der Landtag an der kommenden Dezember-Sitzung in Behandlung ziehen wird. Heute kann in der Steuererklärung für jedes Kind ein Betrag von 9000 Franken abgezogen werden. Dieser Betrag soll auf 12 000 Franken erhöht werden. So weit so gut, aber für wen zeigt dies Wirkung? Einfach ausgedrückt: Je höher der Bruttoerwerb, desto höher die Steuereinsparung. Damit werden von diesem Steuervorteil vor allem die Begüterten profitieren. Es mag stimmen, dass über drei Viertel aller Familien eine Steuerersparnis erhalten. Fakt ist aber auch, dass sich diese bei über 50 Prozent der Familien bei 200 Franken oder weniger einstellen wird, während sie bei der begüterten Hälfte beim Zwei- bis Dreifachen zu liegen kommt. Gleich mehrere Abgeordnete erwähnten sinnngemäss: Es stimme zwar, dass bei Familien mit tieferem Einkommen diese Erhöhung des Kinderabzuges zu keiner oder nur zu einer minimalen finanziellen Entlastung führe. Da diese Steuerpflichtigen bereits jetzt keine oder nur wenig Steuern bezahlen aufgrund ihres Einkommens, könne durch diese Steuergesetzesänderung auch keine oder nur geringe finanzielle Entlastung eintreten. Diese Abgeordneten begeben sich auf dünnes Eis. Ihr Ansatz ist nicht, dass das Steuersystem an sich solidarisch ausgestaltet ist. Sie reklamieren zusätzlich das Recht, dass nur diejenigen, welche auch einen entsprechenden Steuerbetrag entrichten, von Steuervorteilen profitieren sollen. Dies zu Ende gedacht, würde bedeuten, dass auch nur diejenigen, welche Steuern bezahlen, ein Recht auf jede Art von staatlicher Unterstützung hätten. Ein merkwürdiges Verständnis von Solidarität.

Das mit dieser Massnahme der Staat 2,2 Millionen Franken weniger Einnahmen erzielen wird, welche grossmehrheitlich in den Taschen der begüterten Hälfte unserer Gesellschaft zu liegen kommt, sei nur am Rande erwähnt.

Was aber wirklich am meisten aufstösst: Es geht hier ganz offensichtlich nicht um die Kinder an sich. Diese Massnahme «wertet» Kinder von Familien mit tieferen und höheren Einkommen völlig unterschiedlich. Wenn schon von einer Entlastung von Familien gesprochen wird, dann soll das Geld dort ankommen bzw. dort bleiben, wo es am nötigsten ist. Und genau das ist hier nicht der Fall. Diese Ungleichbehandlung ist nicht haltbar. Denn die Grundkosten eines Kindes sind gleich hoch, egal ob die Eltern reich sind oder nicht. Der Staat darf nicht bereits Privilegierte noch mehr privilegieren. Eine Gleichbehandlung der Kinder wäre zum Beispiel mit einer Kindergutschrift oder einer Anpassung des Kindergeldes zu erreichen. In der Schweiz sagte Finanzminister Maurer zu einer fast identischen Vorlage im Parlament: «Wenn wir Familien entlasten, dann gezielt.» Das sei beim höheren Kinderabzug nicht der Fall. Und: «Wir dürfen nicht einfach solche Hüftschüsse unterstützen, auch wenn es vor den Wahlen ist.» «Doch im wirklichen Leben regiert die Politik, und Politiker/-innen lieben Steuervergünstigungen: Damit können sie ihre eigene Klientel bedienen, und die Kosten sind so diffus und breit verteilt, dass sie von den Opfern kaum bemerkt werden.» Treffender liesse sich die Steuergesetzesvorlage nicht beschreiben. Nicht mit uns!

Landtagsfraktion der Freien Liste

«HalbeHalbe» Ist Förderung demokratisch?

Die Verfassungsinitiative «HalbeHalbe» hat zum Ziel, eine ausgewogene Vertretung von Männern und Frauen in politischen Gremien zu fördern. Aber ist es überhaupt demokratisch, wenn der Staat bei dieser Frage eingreifen würde? Die Antwort heisst: ja! Denn eine Kernaufgabe jeder funktionierenden Demokratie besteht darin, unterrepräsentierte oder benachteiligte Gruppen zum Wohle des ganzen Volkes zu fördern. Als konkrete Beispiele seien hier Subventionen an die Alp- und Landwirtschaft, die Förderung benachteiligter Schüler/-innen oder finanzielle Zuwendungen an kulturelle Einrichtungen genannt. Förderung ist also an sich etwas Positives. Sie hilft, Ungerechtigkeiten auszugleichen und Hürden abzubauen. Darüber hinaus ist der in einer Volksabstimmung erteilte Auftrag, für eine ausgewogene Vertretung von Männern und Frauen in unseren politischen Gremien zu sorgen, in sich demokratisch. Es liegt an uns, dies geschehen zu lassen.

Initiativkomitee «HalbeHalbe»

In eigener Sache Hinweis zu Leserbriefen und Foren

Da auch unsere Rubrik «Leserbriefe» einer Planung bedarf, bitten wir unsere Leser, sich möglichst kurz zu halten und als Limite eine maximale Anzahl von 2500 Zeichen (inklusive Leerzeichen) zu respektieren. Die Redaktion behält es sich vor, Zuschriften nicht zu publizieren und kann darüber keine Korrespondenz führen. Wir bitten darum, uns die Leserbriefe - inklusive der vollen Anschrift des Unterzeichners - bis spätestens 16 Uhr zukommen zu lassen. Für die Rubrik «Forum» gilt, die 3000-Zeichen-Marke nicht zu überschreiten.

redaktion@volksblatt.li